Avanti Rhein-Neckar
99 / November 2022

Avanti 2

1,00 Euro (Solipreis 2 Euro)

Theoriebeilage
Wer war Jakob Moneta?

ISO Rhein-Neckar

INHALT

TITEL

01 INFLATION
Solidarität statt Profitgier?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH
Demos, Blockaden, Streiks

TEUERUNG

03 INFLATION
Solidarität statt Profitgier?

04 PROTEST
Solidarität statt Preistreiberei

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

05 IRAN
Wohin führt die Rebellion?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 BR-MOBBING I
Konferenz „BR im Visier“

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

während in Frankreich erfreulicherweise Proteste und Streiks gegen die Teuerung zunehmen, werden hierzulande mit der „Konzertierten Aktion“ die Profite des Kapitals geschützt.

Wir befassen uns deshalb in dieser Ausgabe von *Avanti²* nicht nur mit dem Ja der IGBCE-Führung zu weiterem Reallohnabbau, sondern auch mit den Ansätzen für Gegenwehr im In- und Ausland.

Auf den Seiten der Theoriebeilage erinnern wir an das ganz besondere Leben Jakob Monetas. Jakob ist vor etwas mehr als 10 Jahren gestorben und hätte am 11. November Geburtstag gefeiert.

Wir freuen uns, wenn Euch diese und die anderen Themen gefallen.

Alle guten Wünsche!

Eure Redaktion

Titelbild: Kundgebung „Solidarität statt Preistreiberei!“ in Mannheim, 11. Oktober 2022. Foto: helmut-roos@web.de.

INHALT

07 BR-MOBBING II
Gegenwehr stärken?

08 JAV-WAHLEN
Die junge Garde

09 IG BCE
Reallohnabbau als Erfolg?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

10 INFOABEND IRAN
Welche Solidarität

11 INFOABEND TEUERUNG
„Heißer Herbst“?

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 HEIDELBERG
Schikanen gegen Demo

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 ZEITGESCHICHTE
Wer war Jakob Moneta?

Frankreich: Proteste, Streiks – und Repression

M. G.

Am 16. Oktober 2022 beteiligten sich rund 140.000 Menschen in Paris am Marsch gegen Teuerung und für Klimaschutz.

Zwei Tage später markierten die Mobilisierungen und Arbeitskämpfe für höhere Löhne eine neue Etappe im Kampf gegen das Kapital und seine Regierung.

Die Streiks in den Raffinerien haben andere Sektoren ermutigt, sich dem Lohnkampf anzuschließen. Das reicht jedoch nicht aus, um die Herrschenden zu stoppen. Diese setzen ihre autoritären Angriffe mit dem Rückgriff auf den Paragraphen 49.3 der französischen Verfassung fort. Damit kann die Regierung Gesetze ohne Abstimmung im Parlament beschließen.

Kein Tag vergeht derzeit, an dem nicht Beschäftigte in ganz Frankreich streiken – in Kliniken, Industriebetrieben, Atomkraftwerken oder Dienstleistungsunternehmen. Die Forderungen sind immer die gleichen: Reallohnerhöhung und manchmal sogar die Anpassung der Löhne an die Inflationsrate.

Trotz der medialen Gegenpropaganda werden die Arbeitsniederlegungen in Meinungsumfragen stark unterstützt. Die hohe Inflation, insbesondere bei Energie und Lebensmitteln, die stagnierenden Löhne und die gleichzeitige Ausschüttung von Milliardendividenden an die Aktionäre der Konzerne bleiben nur wenigen verborgen.

Es ist deshalb kein Wunder, dass die Wut wächst und sich immer deutlicher ausdrückt. Der erste Erfolg der Streiks im Oktober bestand darin, dass sie die Lohnfrage in der öffentlichen Debatte an die erste Stelle rückte.

Eine Gesamtbewegung aufbauen

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung beschlossen, die Waffe des 49.3 zu ziehen. Sie will damit ihren Entwurf für das Haushaltsgesetz durchpeitschen: keine Erhöhung des Mindestlohns, keine zusätzlichen Steuern auf Dividenden und Gewinne, keine Steuergutschrift für Menschen in Pflegeheimen. Der politische Kurs bleibt unverändert: „Sparsamkeit“ und Kürzungen für die große Mehrheit der Bevölkerung und weitere Begünstigung der Reichsten und Konzerne.

Wie unsere Schwesterorganisation NPA betont, ist der 49.3 der arbeitenden Klasse die Mobilisierung, der Streik und die Blockade der Wirtschaft. Zwar wurden von den kämpferischen Gewerkschaften zwei neue Aktionstage für den 27. Oktober und den 10. November angekündigt. Aber das reicht bei weitem nicht.

Jetzt braucht es der NPA zufolge den Aufbau einer landesweiten Bewegung. Dazu bedarf es der Organisierung von unten in der Arbeitswelt, den Stadtvierteln und den Bildungseinrichtungen. Nicht zuletzt ist der Aufbau von einheitlichen Kollektiven zur Unterstützung der Streiks für höhere Löhne und gegen die geplanten Rentenkürzungen erforderlich. ■

Foto: Martin Noda / Hans Lucas.

Polizei gegen CGT in Paris, 18. Oktober 2022.

Solidarität statt Profitgier Reiche und Konzerne zur Kasse!

U. D.

Laut Statistischem Bundesamt betrug die Inflationsrate für den September 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat 10 %. Das ist der höchste Stand seit 70 Jahren. Dennoch wird die gesamte Dramatik der Teuerung erst mit weiteren Zahlen des Bundesamtes deutlich.

So wurden alleine Nahrungsmittel um 18,7 % teurer, Strom um 21 %, leichtes Heizöl um 108,4 und Erdgas um 95,1 %. Damit liegt die tatsächliche Teuerung deutlich über 10 %.

Kein Ende der Preistreiberei in Sicht

Am 17. Oktober 2022 teilte das ifo-Institut mit, dass für das Jahr 2022 global eine durchschnittliche Inflation von 9,3 % erwartet werde. Dies sei das Ergebnis des neuen Economic Experts Survey (EES), einer vierteljährlichen Umfrage des ifo-Instituts und des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik mit 1.687 Teilnehmenden aus über 100 Ländern. Für das kommende Jahr 2023 werde mit 7,5 % gerechnet. Im Jahr 2026 seien es weltweit 5,0 % und in Westeuropa ca. 3 %.

Dies bedeutet: Auch in den kommenden Jahren werden die Preise schneller steigen als in den vergangenen Jahren. Lebensnotwendige Güter werden sich ausgehend vom aktuellen Niveau nochmals verteuern. Eine Preissenkung auf das Niveau von 2020 wird es nicht geben. Die „Netto-Entwertung" von Löhnen und sozialen Transferzahlungen (Renten, ALG, „Bürgergeld"/Hartz IV, BAföG usw.) wird fortgesetzt.

Wer zahlt die Zeche?

Die herrschende Klasse hat diese Frage für sich längst beantwortet. Wie immer sollen ihre Profite gesichert werden und die arbeitenden Klassen mit steigenden Preisen, geringerer Kaufkraft, längeren Arbeitszeiten, schlechterer sozialer Absicherung usw. dafür bezahlen. Dieses Kampfprogramm wollen sie mit ihrer Kapitalmacht politisch und wirtschaftlich fort- und durchsetzen.

Die arbeitende Klasse hat nur die Wahl, die Verschlechterungen hinzunehmen oder sich gegen die Profitinteressen zur Wehr zu setzen. Noch hat sie dazu die Kraft. Aber sie muss dafür selbst aktiv werden und den Klassenkampf von oben mit solidarischen Aktionen von unten wie Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks bis hin zum Generalstreik beantworten.

Nein zur „konzertierten Aktion"

Ein großes Hindernis für eine solche Gegenwehr ist die mehrheitlich sozialpartnerschaftliche Orientierung der Gewerkschaften und ihrer Führungen. Anstatt sich mit den kämpferischen Bewegungen in England und Frankreich zu verbinden, um eine europäische Abwehrfront aufzubauen, versuchen sie die gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit „partnerschaftlich auszugleichen".

Sie lassen sich auf nur kurzzeitig wirkende „Entlastungszahlungen" ein und beteiligen sich bereitwillig an der von Kanzler Scholz neu aufgelegten „konzertierten Aktion". Dabei hat diese nur ein Ziel: die Gewerkschaften in eine profit- und standortorientierte Krisenpolitik einzubinden und soziale Kämpfe zu vermeiden.

Ein erstes Ergebnis dieser Politik ist der Tarifabschluss 2022 der IGBCE in der chemischen Industrie. Dieser dämpft zwar für 18 Monate mit steuer- und beitragsbefreiten Einmalzahlungen den Kaufkraftverlust, setzt aber mit einer unzureichenden Anhebung der Tabellenentgelte den Reallohnabbau fort und schafft mitten in der Krise bis zur Jahresmitte 2024 tarifpolitische Ruhe (mehr zum IGBCE-Abschluss auf Seite 10).

Umso wichtiger ist es jetzt, dass kämpferische Kolleginnen und Kollegen alles dafür tun, einen ähnlichen Kniefall in den Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie und im Öffentlichen Dienst zu verhindern.

„Heißer Herbst" oder heiße Luft?

Unter dem Motto „Solidarisch durch die Krise. Echte Umverteilung jetzt!" demonstrierten am 22. Oktober 2022 bundesweit rund 24.000 Menschen. Für einen heißen sozialpolitischen Herbst reicht das nicht aus. Vielmehr zeigt es schonungslos die politische und organisatorische Schwäche der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Linken.

Aus dieser Situation führen „kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun". Statt auf fremde Hilfe zu hoffen, ist es notwendig, selbst aktiv zu werden. Überall dort, wo man lebt, lernt und arbeitet, müssen jetzt Aktionsbündnisse gegen die Teuerung aufgebaut oder unterstützt werden.

Nur so kann aus der politischen Defensive heraus eine starke Bewegung gegen Teuerung und Preistreiberei aufgebaut werden. Nur so lässt sich verhindern, dass die autoritäre und faschistische Rechte die soziale Frage der Teuerung für sich und ihren weiteren Aufstieg nutzt. ■

Foto: helmut-roos@web.de.

Kundgebung „Solidarität statt Preistreiberei!" in Mannheim, 25. Oktober 2022.

Auch in Mannheim Proteste gegen die Preistreiberei

O. T.

Unter dem Motto „Solidarität statt Preistreiberei!“ hat am 25. Oktober 2022 bereits zum zweiten Mal auf dem Mannheimer Marktplatz eine Protestkundgebung gegen die Teuerung stattgefunden.

Rund 70 Menschen waren anwesend. Durch Flugblattverteilung und Lautsprecheransagen konnten zudem viele hundert Passantinnen und Passanten erreicht werden.

Aufgerufen hatte das neu gegründete Mannheimer Bündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“. In ihm haben sich neben verschiedenen Initiativen, Organisationen und Parteien auch gewerkschaftliche Strukturen der DGB- und der ver.di-Jugend sowie der IGBCE zusammengeschlossen.

„Es ist genug für alle da.“

„Wir alle spüren die Teuerung“, heißt es in dem Flugblatt des Bündnisses. Und weiter: „Besonders hart trifft es alle, die nicht reich sind. Teuerung wird gemacht. Konzerne erzielen Rekordgewinne. Von uns verlangt man jedoch Verzicht! Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Dabei ist genug für alle da.“

Kritik äußert das Bündnis an den bisherigen Regierungsmaßnahmen. Sie würden „dem Ernst der Lage nicht gerecht“ und erleichterten den Rechten ihre „menschenverachtende Hetze“. Es gebe jedoch „das Menschenrecht auf ein gesundes Leben in Frieden, ohne Armut, Diskriminierung und Umweltzerstörung“.

Mit einer Vielzahl von Schildern, Transparenten und einem kurzgefassten Flugblatt machte das Bündnis auf seine Forderungen gegen die Inflation aufmerksam.

Sie lauten:

- „Runter mit den Preisen – demokratische Preiskontrollen
- Statt Einmalzahlungen dauerhafte Entlastungen
- Verbot von Strom- und Gassperren sowie Zwangsräumungen
- Fortführung des 9-Euro-Tickets
- Abschaffung der Steuerbegünstigungen für Reiche und Konzerne
- Abschöpfung der Profite und Erhebung der Vermögenssteuer
- Automatische Anpassung der Löhne, Ausbildungsvergütungen, BAföG-Zahlungen, Renten, Arbeitslosengelder, Asylbewerberleistungen und sonstigen Sozialeinkommen an die Inflation!“

Nein zur Politik für Reiche und Konzerne

Wolfgang Alles, Moderator der Kundgebung, informierte zu Beginn über das Anliegen des Bündnisses. Es wolle solidarischen Widerstand gegen die Politik der Regierung organisieren. Diese nehme Rücksicht auf die Interessen der Reichen, Superreichen und Konzerne.

In der Ansprache des DGB-Jugendsekretärs Andreas Hauk wurden die Hintergründe der aktuellen Inflation genauer beleuchtet und die Profiteure dieser Entwicklung benannt. Viele Großkonzerne, nicht nur aus der Energiebranche, würden die Situation zur Profitsteigerung ausnutzen. Das gehe zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen.

Die „Entlastungspakete“ der Regierung, so der Gewerkschafter, seien bei weitem nicht ausreichend, um tatsächlichen Schutz vor massenhafter Verarmung zu bieten. Arbeitslose, Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher sowie Flüchtlinge seien sogar komplett von diesen Maßnahmen ausgenommen.

Statt die Armen und Schwachen zu schützen, würden Sondergeschenke an die Reichen und Konzerne verteilt. Dies alles sei Wasser auf die Mühlen der AfD und anderer rechter und faschistischer Organisationen.

Die Gefahr eines neuen Erstarkens der faschistischen Kräfte sei real. Das Abschneiden der AfD bei den Landtagswahlen in Niedersachsen habe dies deutlich gemacht. Diese bedrohliche Entwicklung zeige sich auch in Italien und anderen Ländern Europas.

Französisch reden!

Umso wichtiger sei es, so Hauk, massiv gegen die Teuerung anzukämpfen. Die Streiks für Lohnerhöhungen in Ländern wie Frankreich sollten auch für die deutschen Gewerkschaften ein Vorbild sein.

Im Anschluss an die Kundgebung fand ein spontaner „Spaziergang“ vom Marktplatz bis zum Paradeplatz und zurück statt. Durch die mitgetragenen Plakate konnten so die Forderungen des Bündnisses noch mehr Menschen bekannt gemacht werden.

Das Aktionsbündnis will die Straßen nicht den Rechten und Faschisten überlassen. Es unterstützt die Gewerkschaften bei der Durchsetzung ihrer Tarifforderungen und solidarisiert sich mit der Bewegung für Klimagerechtigkeit.

Es ist offensichtlich, dass noch viel mehr Bewegung erforderlich ist. Dazu müssen aber wesentlich mehr Menschen und vor allem die Gewerkschaften aktiv werden und solche Initiativen unterstützen.

Die nächste Gelegenheit bietet sich bei der dritten Kundgebung des Aktionsbündnisses. Sie findet am Dienstag, den 8. November 2022, wieder um 18 Uhr auf dem Mannheimer Marktplatz statt.

Infos: www.instagram.com/solistattpreistreiberei/ ■

Foto: NovoLuce

Schildermarsch „Solidarität statt Preistreiberei!“ in Mannheim, 25. Oktober 2022.

„Ihr seid nicht allein!“

Interview mit einer iranischen Genossin zur Revolte im Iran*

Millionen von Menschen – Frauen, Arbeiter:innen, die Unterdrückten, Geknechteten und Geknebelten der islamistischen Diktatur – erschüttern seit mehr als 40 Tagen die Herrschaft des iranischen Regimes. *Avanti²* sprach darüber mit der Iranerin Riri, die sich seit 2020 in Deutschland aufhält.

Wie blickst Du auf die aktuellen Proteste im Iran?

Die aktuelle Situation im Iran ist eine starke Antwort auf 44 Jahre Unterdrückung durch das iranische Regime. Diese Revolution begann mit einer kollektiven Trauer um eine Frau, Mahsa Amini, aber diese Trauer endete nicht mit Tränen und Schmerz, sondern hat die Kraft, sich zu verändern. Es hat uns alle transformiert und sich in ein tieferes soziales Bewusstsein und eine Wertschätzung für die Frau, das Leben und die Freiheit verwandelt. Aus intensiven Gefühlen über das, was verloren gegangen ist, ist eine Kraft entstanden, um das zu revoltieren, was übrig bleibt: um die gesamte Gesellschaft in der Revolution zu verändern und den Staatsapparat mit all seinen Unterdrückungsmechanismen abzuschaffen.

In den deutschen Medien werden die Aufstände im Iran häufig als eine Frauenbewegung gegen das Kopftuch beschrieben. Inwieweit trifft das Deiner Meinung nach zu? Wie siehst Du die Rolle der Frauen?

Dies ist ohne Zweifel eine Frauenbewegung und gegen den obligatorischen Hijab (die Kopfbedeckung), aber wir sollten hier zwei Punkte berücksichtigen.

Erstens war diese Frauenbewegung von Anfang an viel mehr als das. Sie schließt alle Menschen ein, die unter systematischer Ungerechtigkeit, Misshandlung und Vernachlässigung durch das iranische Regime leiden. Frauen öffnen dabei neue politische Perspektiven und zeigen emanzipatorische Wege auf, sich gegen die brutalen Autoritäten zu wehren.

Zweitens richtet sich die Bewegung gegen den obligatorischen Hijab, mehr jedoch gegen den Zwang an sich. Dies ist eine Revolution aller Oppositionellen, die das etablierte politisch-religiöse System des Iran aktiv in Frage stellen.

Du arbeitest hier mit Kindern zur Gewaltprävention. Wie geht es den Kindern im Iran momentan? Inwieweit sind oder werden sie in die Aufstände involviert?

Wir sehen eine große Handlungsmacht bei Kindern, besonders bei Mädchen, die als Handelnde statt als Opfer auftreten. Mädchen erfahren und zeigen sich als kraftvoll, stark und entschlossen. Sie können ihre eigenen Grenzen wahrnehmen, ernst nehmen und setzen. Schulen ermöglichen ihnen, ihre Gruppenzusammengehörigkeit stärken zu können und ihre berechtigten Forderungen an das autoritäre Regime hochzuhalten. Sie sind mehrfach als hochgeschätzte Vorkämpferinnen bezeichnet worden, und das ist richtig.

Das Regime versucht aber auch, Kinder für seine eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Ein Teil dieser Instrumentalisierung besteht darin, Kinder als Soldaten einzusetzen und sie zwangsweise in gewalttätige Konflikte einzubinden. Zur Niederschlagung der Proteste schickt das Regime immer wieder Kinder in Uniform vor, um Erwachsene in ihrem Widerstand zu bremsen. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Regime die Gesundheit und das Leben der Kinder auf brutalste Weise gefährdet. Diese Revolution sollte ein erneutes Engagement für den Schutz und das Wohl von Kindern einfordern. Und wir sollten ihnen wachsam beistehen.

Was kann die arbeitende Klasse hierzulande zur Unterstützung der Aufständischen im Iran tun? Welche Rolle spielt dabei auch die iranische Diaspora?

Ich möchte hier Jean-François Lyotard zitieren, der die Bedeutung von „Zeugen“ hervorhebt. Auch wenn wir von hier aus nur begrenzt an den Aufständen mitwirken können, so spielen wir doch eine wichtige Rolle als Zeug:innen von dem Unrecht, das insbesondere Frauen und die arbeitende Klasse im Iran täglich erfahren. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland können gemeinsam mit der iranischen Diaspora die brutale Unterdrückung und den unerbittlichen Widerstand dagegen in die Öffentlichkeit bringen.

Das bedeutet für mich internationale Solidarität. Die Menschen im Iran spüren diese Solidarität. Bilder von internationalen Protestaktionen geben den Aufständischen Kraft für ihre Kämpfe. Deswegen müssen wir ihnen immer wieder zeigen: Ihr seid nicht allein. Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt stehen hinter euch.

*[Die Fragen stellte N. B.] ■

Foto: Photothèque Rouge, Martin Noda - Hans Lucas.

Block der NPA auf der Pariser Solidaritätsdemo mit der Revolte im Iran, 9. Oktober 2022.

„Gegenwehr gegen Betriebsrats-Mobbing stärken!“

PRESSEMITTEILUNG DES KOMITEES „SOLIDARITÄT GEGEN BR-MOBBING!“

Am Samstag, den 15.10.2022, fand in Mannheim die 9. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt.

Aufgrund der strikten Einhaltung der erforderlichen Infektionsschutzregeln war das Platzangebot im großen Saal des Gewerkschaftshauses sehr begrenzt. Es konnten dennoch rund siebzig Betriebsräte und gewerkschaftlich Aktive aus verschiedenen Branchen an der Tagung teilnehmen (Chemie, Energie, Flughäfen, KFZ-Handwerk, Maschinenbau, Metall- und Elektroindustrie, Pflege, Bus- und Schienenverkehr, Softwareprodukte und andere).

Im Zentrum der diesjährigen Konferenz stand zum einen die Auswertung des Geschehens um die zurückliegenden BR-Wahlen, zum anderen die Diskussion konkreter Strategien zur erfolgreichen Verteidigung verbriefter Rechte in der Arbeitswelt.

Auch unter Ausnutzung der Folgen der anhaltenden „Corona-Krise“ gingen und gehen Geschäftsführungen und ihre professionellen Helfershelfer verstärkt mit „Verdachtskündigungen” gegen engagierte Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vor.

Das aktuell prominenteste Beispiel hierfür ist der skandalöse, existenzvernichtende Angriff gegen den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden im Unternehmen des BDA-Präsidenten Dulger.

Die Folgen dieses Agierens gegen demokratisch gewählte Interessenvertretungen sind offensichtlich: gesundheitlich zerstörte Menschen, schwer geschädigte Familienangehörige, ruinierte berufliche Existenzen und nicht zuletzt eingeschüchterte Belegschaften.

Kai Burmeister (Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg) erläuterte die Position des gewerkschaftlichen Dachverbandes zu Betriebsratsmobbing. Der DGB sehe es als dringend erforderlich an, die Bekämpfung von Betriebsräten zu stoppen.

Petra Jentzsch und Caterina Messina (IGM-Vorstand Frankfurt) sprachen zum Thema Abwehr von BR-Mobbing. Sowohl die politische als auch die rechtliche Unterstützung gegen „Verdachtskündigungen“ spielten in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Foto: helmut-roos@web.de.

Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 15. Oktober 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 15. Oktober 2022.

Alexander Mohrlang (ebenfalls IGM-Vorstand Frankfurt) befasste sich mit der Frage der Organisation von Gegenmacht im Betrieb. Eine wirksame Antwort könne nur durch eine systematische Stärkung gewerkschaftlicher Strukturen in der Arbeitswelt gegeben werden.

Betriebsräte aus verschiedenen Unternehmen stellten anhand ihrer Erfahrungen überzeugend dar, wie dieser Anspruch in der Praxis erfolgreich umgesetzt werden kann.

In der Entschließung der Konferenz heißt es, dass die Durchsetzung eines „Rechts des Stärkeren“ in Firmen und Einrichtungen konsequent bekämpft werden müsse.

Das Mobbing von Betriebsräten werde in der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert. Das ermutige die Täter, die zudem meist weder rechtlich verfolgt noch belangt würden. Die gemobbten und gekündigten Opfer müssten hingegen ihre Unschuld beweisen.

Gegen Betriebsräte gerichtete konstruierte Abmahnungen, Verleumdungen und „Verdachtskündigungen“ widersprechen „elementaren Rechtsgrundsätzen“. Sie seien umgehend zu unterbinden.

Organisiert wurde die sehr positiv bewertete Tagung vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Kooperation mit IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IGBCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“, Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Am 14. Oktober 2023 wird die 10. Bundeskonferenz „BR im Visier“ in Mannheim stattfinden.

(Unter www.gegen-br-mobbing.de gibt es weitere Infos.) ■

Entschließung der 9. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier"

Gegenwehr stärken!

Die diesjährigen Betriebsratswahlen haben eine weitere Zunahme von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung erkennen lassen.

Auch unter Ausnutzung der Folgen der anhaltenden „Corona-Krise" gehen Geschäftsführungen und ihre professionellen Helfershelfer verstärkt mit „Verdachtskündigungen" und anderen Maßnahmen gegen engagierte Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vor.

Bei diesem aggressiven Treiben schrecken sie auch nicht vor der Bespitzelung und Zersetzung des beruflichen und sozialen Umfeldes der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zurück.

Eine besonders miese Rolle spielen in diesem Zusammenhang „gelbe Betriebs- oder Personalräte". Sie bekämpfen im Auftrag „ihrer" Geschäftsführungen gewerkschaftlich Aktive, die für die Interessen der Beschäftigten eintreten.

Die Folgen dieses Agierens gegen demokratisch gewählte Interessenvertretungen und gegen engagierte einzelne Betriebs- und Personalräte sind offensichtlich: gesundheitlich zerstörte Menschen, schwer geschädigte Familienangehörige, ruinierte berufliche Existenzen und nicht zuletzt eingeschüchterte Belegschaften.

Die Durchsetzung eines „Rechts des Stärkeren" in prominenten und weniger prominenten Firmen und Einrichtungen ist unakzeptabel und muss konsequent bekämpft werden.

In der Öffentlichkeit werden diese kriminellen Machenschaften bisher jedoch nach wie vor viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert.

Das ermutigt die Täter, die zudem in der Regel weder rechtlich verfolgt noch belangt werden.

Die gemobbten und gekündigten Opfer müssen hingegen ihre Unschuld beweisen.

Das ist ein nicht hinnehmbarer Skandal. Konstruierte „Abmahnungen", Verleumdungen und „Verdachtskündigungen" widersprechen elementaren Rechtsgrundsätzen. Sie sind umgehend zu unterbinden.

Starke demokratische Gegenmacht ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können. Sie muss in den Betrieben und in der Öffentlichkeit entwickelt werden.

Wir alle sind aufgefordert, dazu einen wirksamen Beitrag zu leisten!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 9. bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier"

Mannheim, den 15. Oktober 2022 ■

Konferenz „BR im Visier" in Mannheim, 15. Oktober 2022. *Foto: helmut.roos@web.de.*

Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) Störfaktor für das Kapital?

N. C.

Alle zwei Jahre finden in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. November die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) statt.

Wahlberechtigt für diese betriebliche Interessenvertretung sind ungeachtet ihres Alters Auszubildende und Dual Studierende sowie jugendliche Beschäftigte unter 18 Jahren. Alle Wahlberechtigten und zusätzlich alle im Betrieb Arbeitenden unter 25 Jahren können zur JAV kandidieren.

Aufgaben der JAV

Die Aufgaben der JAV leiten sich aus dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) ab und gleichen in gewissem Maße den Aufgaben eines Betriebsrats. Ein wesentlicher Unterschied ist, dass die JAV nur für eine spezielle Beschäftigtengruppe zuständig ist.

Die JAV achtet unter anderen darauf, dass Gesetze und Tarifverträge, die die Ausbildung betreffen, eingehalten werden. Sie ist Anlaufstelle bei Problemen und für Verbesserungsvorschläge in Bezug auf die Ausbildungssituation. Sie überwacht die Qualität der Berufsausbildung und setzt sich für den Gesundheitsschutz und die Übernahme nach der Ausbildung ein.

Gemeinsam mit dem Betriebsrat hat die JAV also für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für junge Menschen zu kämpfen.

Dinge zum Positiven zu verändern und die Themen von Auszubildenden und Dual Studierenden voranzubringen, das stellt selbst eine engagierte JAV oft vor große Herausforderungen.

Sie muss als Interessenvertretung präsent, aktiv und ansprechbar sein. Sie benötigt Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Geschäftsleitung und oft auch gegenüber dem Betriebsrat. Letzterer hat die JAV zu unterstützen und zu ermutigen.

Verteidigung der JAV

Leider gibt es immer noch Betriebe, in denen, obwohl die Voraussetzungen gegeben sind, keine JAV existiert. Gerade in den ersten Jahren der Corona-Pandemie ist die Wahlbeteiligung bei JAV-Wahlen zurückgegangen.

Starke Jugend- und Auszubildendenvertretungen sind jedoch in zunehmend raueren Zeiten noch wichtiger als bisher.

Es ist kein Zufall, dass die Rechte von JAV in vielen Betrieben der Republik derzeit attackiert werden. Besonders ist dies bei engagierten JAV der Fall, und wenn es um die Übernahme in ein festes Vollzeit-Arbeitsverhältnis geht.

Die Erfüllungsgehilfen des Kapitals (Geschäftsführungen, Management etc.) jammern zwar lautstark über den „Fachkräftemangel“, aber sie wollen oft Azubis nur mit Befristungen übernehmen.

Umso mehr stört es sie, dass Mitglieder der JAV einen Anspruch auf unbefristete Übernahme nach § 78a BetrVG haben. Wichtig zu wissen ist: Dieser gesetzliche Anspruch gilt auch für Ersatzmitglieder, die als ordentliche Mitglieder in die JAV nachrücken.

JAV als Gegenmacht

Es ist in einer Klassengesellschaft immer schwierig, etwas zum Wohle der arbeitenden Menschen zu verbessern. Automatische Sicherheiten und Garantien für Fortschritte in diesem Sinne gibt es nicht.

Im Betrieb spielen daher die konsequente Wahrnehmung der sehr eingeschränkten demokratischen Rechte und eine aktive gewerkschaftliche Organisierung eine entscheidende Rolle. Sie bieten die Möglichkeit auch für junge Beschäftigte, zum Beispiel die eigenen Ausbildungs- und Studienbedingungen positiv zu beeinflussen.

Wichtig sind gute Interessenvertretungen, die sich nicht auf Stellvertreterpolitik beschränken, sondern gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen betriebliche Durchsetzungskraft und Gegenmacht entwickeln. Eine aktive JAV kann und muss dabei eine wichtige Rolle spielen.

Betrieblich und gewerkschaftlich Aktive sind deshalb in der Pflicht, ihre jungen Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Sie sind zu ermutigen, sich an den Wahlen zur JAV aktiv als Kandidierende und natürlich auch als Wählende zu beteiligen.

Angesichts der sich zuspitzenden Krisen des Kapitalismus, der immensen Preissteigerung und den ständigen Angriffen auf die Rechte der arbeitenden Klasse ist eine aktive Gegenwehr im Betrieb dringend erforderlich. ■

Azubis bei Alstom-Demo in Mannheim, 2. November 2010. *Foto: helmut-roos@web.de.*

Chemieindustrie: Lohnabbau vereinbart!

H. S.

Trotz (oder wegen?) der laufenden bzw. anstehenden Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Öffentlichen Dienst ist am 18. Oktober 2022 die Chemiebranche vorgeprescht. Die dortigen „Sozialpartner" haben einen dauerhaft wirkenden massiven Lohnabbau für die ca. 580.000 Beschäftigten vereinbart.

Der Abschluss in der Chemieindustrie wurde in einer einzigen Verhandlungsrunde und ohne Arbeitskampfmaßnahmen durchgezogen. Es ging offensichtlich darum, noch rechtzeitig ein vergiftetes Modell für die Metall- und Elektroindustrie und den Öffentlichen Dienst vorzulegen. Die „Gefahr" von Arbeitskämpfen in diesen Branchen soll durch den Chemieabschluss gebannt werden.

Details des Chemie-Tarifvertrags

Bei einer offiziellen jährlichen Inflationsrate von derzeit 10 Prozent werden die Tarifentgelte der Chemiebeschäftigten Anfang 2023 und Anfang 2024 jeweils um 3,25 Prozent erhöht. Beide Stufen der Entgelterhöhung können aus „wirtschaftlichen Gründen" jeweils um bis zu drei Monate verschoben werden. Der Tarifvertrag läuft bis zum Juni 2024. Da der alte Vertrag bereits im März 2022 ausgelaufen ist, umfasst der neue einen Zeitraum von insgesamt 27 Monaten.

Das heißt konkret: Wer im April 2022 ein Bruttoeinkommen von 3.100 Euro erhalten hätte, würde im Sommer 2024 ein Tarifeinkommen von 3.302 Euro beziehen. Um bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 10 Prozent gleich viel kaufen zu können, müsste man aber 3.880 Euro erhalten. Der Verlust beläuft sich also auf monatlich 578 Euro. Das entspricht einem Bruttolohnabbau von rund 15 Prozent!

Um diese Absenkung abzufedern und gleichzeitig auch den zu erwartenden Widerstand gegen einen solchen Lohnabbau einzudämmen, haben die Gewerkschaft IGBCE und der Unternehmerverband BAVC Einmalzahlungen vereinbart. Sie werden ohne Abzüge für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ausbezahlt.

Für die tariffreien Monate seit April 2022 sind bereits 1.400 Euro überwiesen worden, die Unternehmen „in Schwierigkeiten" allerdings kürzen konnten. Anfang 2023 und Anfang 2024 kommen zwei weitere Einmalzahlungen von jeweils 1.500 Euro hinzu. Teilzeitbeschäftigte erhalten einen entsprechenden Anteil, mindestens aber zweimal 500 Euro. Auszubildende bekommen je 500 Euro.

Kaschierung von Lohnabbau

Die Einmalzahlungen mindern zwar die unmittelbaren Auswirkungen der Inflation insbesondere für niedrige Einkommen, an der langfristigen Lohnsenkung ändern sie jedoch wegen der nicht vorhandenen Tabellenwirksamkeit nichts. Selbst wenn die Inflationsrate 2024 zurückgehen sollte, was alles andere als sicher ist, sinken die Preise nicht wieder auf das alte Niveau. Sie steigen nur etwas langsamer an. Die Tariflöhne fallen dagegen auf die Höhe vom April 2022 zurück, plus die vereinbarten mickrigen 6,5 Prozent.

Der Chemieabschluss ist das Ergebnis der von Olaf Scholz wiederbelebten „Konzertierten Aktion", das heißt der engen Kollaboration von Gewerkschaftsführungen, Kapitalverbänden und Bundesregierung zur „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft".

Der Beschluss der Regierung, tarifliche Einmalzahlungen von Steuern und Sozialabgaben zu befreien ist ebenfalls ein Ergebnis dieser „Konzertierten Aktion". Er wurde nicht nur getroffen, um den Unternehmen Kosten zu ersparen. Offensichtlich ging es auch darum, einerseits die Zustimmung der Gewerkschaftsspitzen zu massivem Lohnabbau zu erhalten. Andererseits kann dadurch ein Abschluss wie in der Chemiebranche den Gewerkschaftsmitgliedern einfacher als „Erfolg" verkauft werden.

Den Chemieabschluss kommentierte der Vorsitzende der IGBCE, Michael Vassiliadis, wie folgt: „In dieser historischen Ausnahmesituation mit ungekannten Inflationsraten und drohender Rezession haben die Tarifparteien Verantwortung für die Beschäftigten, den Industriestandort und die Binnennachfrage zugleich übernommen. Der Abschluss hat Signalwirkung über die Branche hinaus."

Darin ist er sich mit dem Präsidenten des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC), Kai Beckmann, einig. Auch das der Gewerkschaftsnähe unverdächtige *Handelsblatt* bezeichnete am 19.10.2022 den „geräuschlos" zustande gekommenen Abschluss als Blaupause und betonte den Vorbildcharakter auch für andere Branchen.

Kapitulation und Verzicht

Der massive Lohnabbau ist das Ergebnis der „Sozialpartnerschaft" zwischen Gewerkschaftsführung, Unternehmen und Regierung. Damit ist die IGBCE nicht nur den Beschäftigten der eigenen Branche, sondern auch denen der Metall- und Elektroindustrie sowie des Öffentlichen Diensts in den Rücken gefallen.

Statt dass Gewerkschaften gemeinsam für spürbare tabellenwirksame Einkommenserhöhungen und für einen automatisierten Inflationsausgleich kämpfen, wird ein Verzichtskurs zu Lasten der Beschäftigten als Perspektive akzeptiert und propagiert. Dem müssen sich nicht nur die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie sowie des Öffentlichen Dienstes widersetzen. ■

Warnstreik bei Alstom in Mannheim, 7. November 2008.

Solidarität mit der Revolte im Iran - Was tun?

ISO-Infoabend am 7. Oktober 2022

R. G.

Unter diesem Titel hatte die ISO-Rhein-Neckar am 7. Oktober 2022 kurzfristig einen Infoabend organisiert. Anlass war die demokratische Revolte im Iran, die sich offen gegen die Mullah-Diktatur richtet. Auslöser dieser Erhebung war der Tod der kurdischen Iranerin Mahsa Amini am 16. September 2022. Sie war entgegen der Behauptungen des Mullah-Regimes Opfer der Gewalt der iranischen „Sittenpolizei" geworden.

In seinem Vortrag stellte unser Referent, der selbst vor mehr als zehn Jahren aus dem Iran fliehen musste, die aktuelle Revolte in den Zusammenhang mit der iranischen Geschichte der letzten hundert Jahre.

Die Revolte als Teil der Geschichte

Die Revolte habe genau betrachtet im Jahre 2017 begonnen. Ihre Ursache sei nicht allein die Ermordung der jungen Iranerin. Vielmehr sei sie Ausdruck einer umfassenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Krise, die zu einem dramatischen Vertrauensverlust des Regimes geführt habe.

Im Iran habe es schon sehr lange Klassenkämpfe gegeben. Bereits Anfang des 20. Jahrhundert wurde im Rahmen der Entwicklung des Kapitalismus mit der Konstitutionellen Revolution der erste Versuch unternommen, eine demokratische Republik zu gründen. Dieser Versuch sei gescheitert. Stattdessen hätten sich reaktionäre Kräfte durchsetzen können. In der Folge sei die Schah-Diktatur entstanden, die erst mit der Revolution von 1979 gestürzt werden konnte.

Fehlendes Bewusstsein

Aber auch die Revolution von 1979 habe in einer Niederlage der proletarischen Bewegungen und der linken Kräfte geendet. Die arbeitende Klasse habe diese Revolution zwar begonnen, sei am Ende aber nicht in der Lage gewesen, die Macht zu übernehmen.

Vielmehr sei es den Mullahs gelungen, das politische Vakuum zu füllen und eine islamische Diktatur zu errichten. Dabei hätten die Mullahs den vom Irak begonnenen Krieg (1980 – 1988) innenpolitisch nutzen können, um die Opposition zu unterdrücken und ihre Herrschaft zu festigen.

Der wesentliche Grund für alle diese Niederlagen sei das unzureichende politische Bewusstsein der arbeitenden Klasse in Iran. Dies sei die Voraussetzung dafür gewesen, dass reaktionäre Kräfte immer wieder die politische Macht erringen konnten.

40 Jahre Mullah-Diktatur

Das Mullah-Regime habe seine Macht mit Gewalt und Repression verteidigt. Darüber hinaus habe es ein neoliberales Wirtschaftsprogramm mit Privatisierungen und Angriffen auf soziale Errungenschaften durchgesetzt. Diese Politik habe immer wieder große Protestwellen ausgelöst. Auch die jetzige Revolte müsse in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Im Unterschied zu früheren Revolten, sei die jetzige dynamischer und radikaler. In einigen Gebieten seien räteähnliche Strukturen aufgebaut worden und man setze sich aktiv gegen die Repressionsorgane zur Wehr. Inzwischen habe die Revolte sogar Städte erfasst, die bislang islamische Hochburgen gewesen seien.

Der weitere Verlauf lasse sich nicht vorhersagen, aber es gäbe nur zwei Möglichkeiten: Sieg oder Niederlage. Wobei eine Niederlage zu einer massiven Repressionswelle mit Verhaftungen, Folterungen und Ermordungen führen würde.

Breite Diskussion

Auf das Referat folgten zahlreiche Fragen und Diskussionsbeiträge. Dabei wurden sehr unterschiedliche Themen angesprochen: Die Lage der Frauen und deren besondere und mehrfache Unterdrückung als Frau und als Arbeiterin, die Bedeutung der politischen Linken im Iran und deren politischer Einfluss und nicht zuletzt, inwiefern der westliche Imperialismus versuchen könnte, politischen Einfluss auf die Entwicklung im Iran zu nehmen.

Aufgrund der Fülle der Beiträge und der begrenzten Zeit konnten nicht alle Themen intensiv diskutiert werden. Auch nicht die spezielle, aber wichtige Frage, ob die islamische Mullah-Diktatur als faschistisch charakterisiert werden kann.

Solidarität organisieren

Die Teilnehmenden zeigten sich beeindruckt von der Revolte im Iran und dem Mut der Menschen, insbesondere dem der Frauen. Dies ist sicherlich eine gute Motivation, um überall, wo man lebt, lernt und arbeitet, politische Solidarität und materielle Unterstützung zu organisieren. ■

Solidaritätsdemo in Berlin mit der Revolte im Iran, 22. Oktober 2022.

Heißer Herbst oder nur heiße Luft?
ISO-Infoabend am 28. Oktober 2022

R. G.

Die Frage „‚Heißer Herbst' oder nur heiße Luft?" stand im Zentrum des Infoabends der ISO Rhein-Neckar am 28. Oktober 2022. Er beschäftigte sich mit Ursachen und Folgen der Teuerungskrise sowie den Möglichkeiten eines linken Widerstands von unten.

Unser Referent brachte bei seinem Vortrag seine reichen Erfahrungen als langjähriger gewerkschaftlicher und politischer Aktivist sowie als Unterstützer des Mannheimer Aktionsbündnisses „Solidarität statt Preistreiberei!" ein.

Ausweitung der sozialen Krise

Er begann mit einer Beschreibung der aktuellen sozialen und politischen Situation, um davon ausgehend antikapitalistische Antworten zu entwickeln. Die Teuerung setze sich fort. Die Preise für Lebensmittel und Energie seien massiv gestiegen. Die sozialen Folgen würden immer deutlicher. Der Ukraine-Krieg habe diese Entwicklung sicherlich verstärkt, aber nicht verursacht. Vielmehr seien die Ursachen der Krise das kapitalistische System und bewusste Preistreiberei.

Die Politik der Bundesregierung würde weit hinter den Erfordernissen einer ernsthaften Inflationsbekämpfung zurückbleiben. Die angekündigten Entlastungen nützten vor allem den Wohlhabenden, und die sogenannte Gaspreisbremse käme zu spät. Die Folge sei, dass sozial schlecht Gestellte von der Inflation besonders betroffen seien. Genau diese Entwicklung würden rassistische und faschistische Kräfte, zum Teil mit Erfolg, politisch für sich nutzen.

Versagen der Gewerkschaftsspitzen

Angesichts der sozialen und politischen Herausforderung würden die sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaftsführungen versagen. Notwendig wären Reallohnsicherung und ein automatischer Inflationsausgleich. Aber genau dafür fehle die Zielsetzung, der Wille und die Kampfbereitschaft.

Besonders tue sich dabei die IGBCE hervor. Sie habe mit ihrem „friedlichen" Tarifabschluss nicht nur eine überlange Laufzeit, sondern letztendlich auch Reallohnverlust akzeptiert. Damit sei sie allen Beschäftigten, die sich aktuell in Tarifrunden befinden, tarifpolitisch in den Rücken gefallen.

Angesichts dieser Entwicklung sei es notwendig, aktive Widerstandskerne innerhalb und außerhalb der Betriebe aufzubauen. Dabei müssten die Aktiven ihre Kräfte bündeln und eine gemeinsame soziale, ökologische und antifaschistische Front aufzubauen.

Aktionsorientierte Diskussion

Das Referat war ein toller Impuls für die anschließende Diskussion. Einer ihrer Schwerpunkte war die Einschätzung der aktuellen Gewerkschaftspolitik insbesondere der Industriegewerkschaften. Aufgrund der engen personellen und politischen Verflechtungen der Spitzen von DGB, IGBCE, IG Metall und SPD sei davon auszugehen, dass die großen Linien der aktuellen Tarifpolitik „hinter den Kulissen" abgestimmt worden seien.

Das Ergebnis dieser Gewerkschaftspolitik sei widersprüchlich. Auch wenn viele Beschäftigte kurzfristig mit dem Chemieabschluss zufrieden sein dürften, würde er genau betrachtet zu Reallohnverlust und zu einer weiteren Schwächung der Gewerkschaftsbewegung führen.

Solidarische Bewegung aufbauen

Einen breiten Raum nahm die Frage ein, wie Widerstand aufgebaut und entwickelt werden könne. Dabei wurden auch die bundesweiten Demonstrationen vom 22. Oktober 2022 diskutiert. Diese hätten gezeigt, wie gering die Mobilisierungskraft der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und der politischen Linken derzeit sei.

Umso wichtiger sei es, überall betriebliche, lokale und regionale Aktionsbündnisse aufzubauen. Nur so könne die Basis für eine breite soziale Bewegung mit linken Inhalten geschaffen werden. Ermutigen könne ein Blick auf internationale Entwicklungen. In England und Frankreich sei es gelungen, von der Linken geprägte Bewegungen gegen die Teuerung aufzubauen. In Frankreich würden sich seit Wochen Streiks ausweiten und möglicherweise sogar in einen Generalstreik münden.

Auch wenn die Situation in Deutschland davon noch weit entfernt sei, existierten bereits an vielen Orten Bündnisse, an denen gerade auch junge Aktive beteiligt seien. Dies schaffe die Voraussetzungen für eine Bewegung, die auf die politische und soziale Krise solidarische Antworten formuliert. Und schließlich sei dies das beste Mittel, um die entstandenen Ansätze einer faschistischen Bewegung zurückzudrängen. ■

Kundgebung „Solidarität statt Preistreiberei!" in Mannheim, 25. Oktober 2022. *Foto: NovoLuce.*

Demo gegen Teuerung in Heidelberg Polizeischikanen und Festnahmen

S. T.

Am 9. Oktober 2022 demonstrierten rund 130 Menschen in Heidelberg gegen Teuerung und Ausbeutung.

Die Demo wurde von sehr viel Polizei umzingelt. Schon vor Beginn der Auftaktkundgebung gab es Einschüchterungsversuche.

Nach den beiden Eröffnungsreden an der Stadtbücherei setzten sich der Protestzug in Bewegung. Er wurde aber bereits nach etwa 50 Metern von den Einsatzkräften gestoppt.

Als Vorwand diente die behauptete „Vermummung" einiger Teilnehmer mit Corona-Schutzmasken und Kopfbedeckungen. Dies und das Tragen von Sonnenbrillen gefährde die „öffentliche Sicherheit". Im weiteren Verlauf wurden die Demonstrierenden noch mehrfach von der Polizei blockiert.

Die kämpferische Demo mit Zwischenkundgebungen endete auf dem Heidelberger Marktplatz mit mehreren antikapitalistischen Redebeiträgen.

Danach kam es zu weiteren Schikanen und Übergriffen der Polizei. Zwei Personen wurden verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. Erst nach mehr als zwei Stunden wurden sie wieder freigelassen.

Der Kampf gegen die Teuerung und die staatliche Repression erfordern den Aufbau einer breiten Gegenwehr – einer sozialen Front. Jetzt gilt es, sich besser zu vernetzen und sich gemeinsam für eine solidarische Welt ohne Unterdrückung stark zu machen! ■

Foto: AIHD.

Polizeischikanen bei Demo gegen Teuerung in Heidelberg, 9. Oktober 2022.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 03.11.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 03.11.2022, 18:00 Uhr, Hybrides Treffen des Aktionsbündnisses gegen Preistreiberei*
- So, 06.11.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DI, 08.11.2022, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Preistreiberei, Marktplatz, MA
- FR, 11.11.2022, 18:30 Uhr, Buchvorstellung *Für Einheitsfront gegen Faschismus**
- DO, 17.11.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 17.11.2022, 18:00 Uhr, Hybrides Treffen des Aktionsbündnisses gegen Preistreiberei*
- DI, 22.11.2022, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Preistreiberei, Marktplatz, MA
- DO, 24.11.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- FR, 25.11.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der erforderlichen Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn